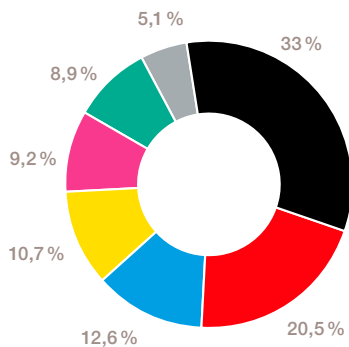


# Deutschland nach der Wahl

## Unklare Perspektiven für den Industriestandort

Interview mit Dr. Kristina Schröder, Senior Advisor bei Deekeling Arndt Advisors und frühere Bundesfamilienministerin, zur finanz-, wirtschafts- und industriepolitischen Ausrichtung Deutschlands nach der Wahl

Vorläufiges amtliches  
Endergebnis



Wahlbeteiligung: 76,2%

Bei der Bundestagswahl am 24.09. ist die Union unter Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut stärkste Kraft im Deutschen Bundestag geworden. Merkel bleibt für eine vierte Amtszeit Bundeskanzlerin. Dabei hat die Union – das etablierte Bündnis der Christlich Demokratischen Union (CDU) und ihrer „Schwesterpartei“, der in Bayern vertretenen Christlich Sozialen Union (CSU) – mit 33% ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielt. Gleiches gilt für die Sozialdemokratische Partei (SPD), die mit 20,5% gerade einmal jeden fünften Wähler für sich gewinnen konnte. Erstmals ist mit der Alternative für Deutschland (AfD) mit 12,6% eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag gewählt worden. Liberale (FDP), Linke und Grüne erzielten mit 10,7% bzw. 9,2% bzw. 8,9% für ihre Verhältnisse hohe Ergebnisse. Das Wahlergebnis unterstreicht den Trend des sich im Wandel befindlichen Parteiensystems: Die traditionellen „Volksparteien“ CDU/CSU auf der einen Seite und SPD auf der anderen Seite verlieren ihre Vormachtstellung im Parteiensystem. Die kleineren Parteien – Grüne, Linke und FDP – gewinnen an Stimmen und Bedeutung. Dazu kommt der erstmalige Einzug der rechtspopulistischen AfD, mit dem sich das Parteienspektrum weiter nach rechts bewegt, als dies vorher der Fall war.

In dem schlechten Abschneiden der „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD kommt insbesondere die Unzufriedenheit der Wähler mit der Arbeit und dem Erscheinungsbild der bisherigen Großen Koalition zum Ausdruck. An Angela Merkels Entscheidung von 2015, vorübergehend einen freien Zuzug von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten zu ermöglichen, manifestiert sich die Unzufriedenheit zahlreicher konservativer Wähler. Die rechtspopulistische AfD speist ihren Erfolg vor allem aus der Sorge vieler Konservativer vor ‚Überfremdung‘, aber auch von Ostdeutschen, die nach der Wende keine gesellschaftspolitische Verankerung in dem von westdeutschen Parteien geprägten Spektrum gefunden haben. Auf der anderen Seite haben zahlreiche ehemalige Stammwähler der SPD den Rücken zugekehrt, da sie die SPD für den Abbau von Sozialleistungen in ihrer Regierungsperiode von 1998 bis 2005 verantwortlich machen. Vor diesem Hintergrund erschien der Wahlkampf der SPD mit ihrem Spitzenkandidaten, dem ehemaligen EU-Politiker Martin Schulz, unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit“ nicht glaubwürdig.

Die Parteien haben in den kommenden Wochen und Monaten die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden. Da keine der anderen Parteien mit der AfD koalieren möchte und diese ohnehin kein Interesse an einer Regierungsbeteiligung hat, kommen rechnerisch eine Neuauflage der Koalition aus Union und SPD sowie eine Koalition aus Union, FDP und Grünen in Betracht. Die SPD hat am Wahlabend erklärt, keine neue Koalition eingehen zu wollen und in die Opposition zu gehen. Bleibt es dabei, ist eine Koalition aus Union, FDP und Grünen (Jamaika-Koalition) die einzige verbleibende Möglichkeit, eine Regierung zu bilden.

Die Verhandlungen zu diesem Bündnis werden sich aller Voraussicht nach sehr kompliziert gestalten, da es zwischen den beteiligten Parteien in vielen Politikbereichen gewaltige Differenzen gibt. So haben erste Abgeordnete der Grünen bereits erklärt, einer Koalition mit Union und FDP auf keinen Fall zustimmen zu wollen. Die CSU hingegen hat ihr Festhalten an der Forderung nach einer Obergrenze für Zuwanderer erklärt, was die Grünen kaum werden akzeptieren können. Erleichtert werden können die Verhandlungen auf der anderen Seite dadurch, dass die CDU aller Voraussicht nach zwischen Grünen und FDP verhandelte Kompromisse grundsätzlich mittragen wird. Zudem könnten in die Verhandlungen die Erfahrungen der Akteure in Schleswig-Holstein einfließen, die sich vor wenigen Monaten erfolgreich auf eine Jamaika-Koalition geeinigt haben. Dennoch: Dies werden wahrscheinlich die schwierigsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, ein Scheitern, und damit Neuwahlen, sind nicht ausgeschlossen.



► Im Gespräch mit  
Dr. Kristina Schröder

## Was bedeutet das Wahlergebnis für den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland?

Dr. Kristina Schröder, Senior Advisor bei Deekeling Arndt Advisors, mit einer Einschätzung dieses Wahlergebnisses und einer Bewertung zu seiner finanz-, wirtschafts- und industriepolitischen Bedeutung:

► **Der Wahlkampf wurde von vielen als langweilig empfunden, ist es das Ergebnis auch?**

Der Einzug der AfD beunruhigt mich. Er macht deutlich, dass es in Deutschland einen rechtsradikalen und demokratieskeptischen Rand gibt, der im bisherigen Parteienspektrum keine Heimat mehr findet. Die AfD wird die politische Kultur im Bundestag verändern. Der Wiedereinzug der FDP dürfte für viele Unternehmen eine gute Nachricht sein. Dadurch werden wirtschaftspolitische Themen, Forderungen nach Steuersenkungen, Digitalisierung und Bürokratieabbau wieder stark an Gewicht gewinnen. Ansonsten macht das Wahlergebnis deutlich, dass die zwei großen Volksparteien jetzt in einem echten Wettbewerb mit den vermeintlich kleineren Parteien stehen und wir uns auf dem Weg zu einem differenzierteren Parteienspektrum befinden, immerhin werden im neuen Bundestag sechs statt der vier bisherigen Parteien vertreten sein. Das Land wird damit auch unter wirtschafts- und industriepolitischen Aspekten diverser und schwieriger zu bewerten.

► **Nach der Ankündigung der SPD, nicht mitregieren zu wollen, bleibt rechnerisch nur eine Koalition aus Union, FDP und Grünen möglich. Welche Chancen sehen Sie darin für Deutschland?**

Sollte eine Jamaika-Koalition zustande kommen, sehe ich darin eine Chance für Deutschland. Der Reformeifer der großen Koalition war nicht allzu groß, eine Fortsetzung hätte Stillstand auf vielen Politikfeldern bedeutet. Stillstand werden FDP und Grüne sicher nicht zulassen, ich gehe von einem relativ ambitionierten und detaillierten Koalitionsvertrag aus, etwa in den Politikfeldern Digitalisierung, Bildung und Integration.

► **Welche Rolle wird Deutschland in Europa zukünftig spielen?**

Deutschlands Bedeutung auf europäischer Ebene wird weiter wachsen. Dabei wird es von der grundsätzlichen Ausrichtung der neuen Regierung abhängen, ob Deutschland die Lücke, die Großbritannien industriepolitisch hinterlässt, füllen wird. Die potentiellen Regierungspartner vertreten in vielen Politikfeldern sehr unterschiedliche Ansichten, so etwa in zentralen Politikfeldern wie der Energie-, der Verkehrs-, Umwelt-, Agrar- oder auch der Gesundheitspolitik. Finanzpolitisch bestehen starke Differenzen etwa bei der Steuerpolitik oder auch der Frage der Vergemeinschaftung von Schulden auf europäischer Ebene. Die Union unter Bundeskanzlerin Merkel muss in diesen Fragen mit den Koalitionspartnern geschickt nach Kompromissen suchen.

► **Was würde eine Jamaika-Koalition für den Standort Deutschland bedeuten?**

Die Union wird als stärkste Kraft ihren kleineren Partnern zahlreiche Zugeständnisse machen müssen, um eine Regierung zu bilden. Daher ist davon auszugehen, dass die Grünen versuchen werden, ihre umwelt- und Klimaschutzpolitischen Kernforderungen durchzusetzen. Das wäre etwa eine ökologischere Ausrichtung der Landwirtschaft oder der zügigere Ausstieg aus der Nutzung konventioneller Energieträger wie der Kohle. Auch bei wichtigen Zukunftsthemen wie Mobilität werden sie ihren Einfluss geltend machen. Kernforderungen der

FDP sind demgegenüber etwa eine Digitalisierungsoffensive und bessere Bildung, beides Themen, die für die Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind. Am Ende wird vor allem auch vom Einfluss zukünftiger Regierungsmitglieder abhängen, welchem Kurs die Regierung folgen wird.

► **Bei welchen Themen, die für den Standort Deutschland wichtig sind, wird die Koalitionsbildung denn besonders schwierig?**

Bei vielen wirtschafts- und industriepolitischen Themen stehen insbesondere die Grünen unter Druck, ihrer Wählerschaft Erfolge bieten zu müssen. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen. Die Agrarpolitik war einer der Schwerpunkte des Wahlkampfes der Grünen. Die Grünen stehen für eine Bewirtschaftung unter Vorrang von ökologischen Prinzipien. Die konventionelle Landwirtschaft, für die sich insbesondere die CDU einsetzt, haben sie bekämpft. Hier wird es schwierig, Kompromisse zu finden. Ein anderes Beispiel ist die Energiepolitik: Die Grünen fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle zur Erreichung der Klimaziele. Union und FDP setzen hier mit Blick auf die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Energie demgegenüber auf realistischere Ziele. Beim schrittweisen Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien setzen diese Parteien auf marktwirtschaftliche Mechanismen, um die Kosten für Unternehmen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Auch beim Umgang mit der zuletzt durch den Dieselskandal angegriffenen Automobilbranche gibt es erheblich unterschiedliche Vorstellungen.

► **Was sagen Sie Unternehmen, die in Deutschland in den kommenden Jahren investieren wollen?**

Für große industriepolitische Reformen steht eine Jamaika-Koalition nicht. Dafür stehen die einzelnen Partner ideologisch zu weit auseinander. Fortschritte bei der Digitalisierung oder Verbesserungen in der Bildungspolitik erwarte ich aber durchaus und die können als Stimuli für das Investitionsklima wirken. Ebenso eine intelligente Einwanderungspolitik, die die negativen Folgen des demografischen Wandels abfedert und Integrationsprobleme offensiv angeht. Eine ideologiegetriebene Umwelt- und Energiepolitik oder etwa die Ablehnung von Gentechnik oder Genome Editing in Medizin und Landwirtschaft kann die wirtschaftliche Entwicklung bremsen und Deutschlands Spitzenposition als Forschungsstandort kosten. Außenpolitisch ist damit zu rechnen, dass die Bundesregierung ihren bereits eingeschlagenen Weg zu einer genaueren Kontrolle ausländischer Investitionen beibehält und den entsprechenden Verordnungsentwurf auf europäischer Ebene weiterhin unterstützt. Ausländische Investitionen in der EU werden damit tendenziell erschwert.

---

**IHR ANSPRECHPARTNER**



**Tiglet Aslan**  
Managing Partner  
Standortleiter Berlin

**Deekeling Arndt Advisors  
in Communications GmbH**

Karlplatz 7  
10117 Berlin-Mitte  
T +49. 30. 921012 - 0